## Ökumenische Energiegenossenschaft Baden-Württemberg e.G.

## Zu Situation und Entwicklung unserer Genossenschaft – Vorlage für die GV am 17. Juni 2017

Jobst Kraus

Liebe Mitglieder der ÖEG,

Vorbemerkung: zuerst möchte ich mich bei Ihnen entschuldigen, dass wir den Termin der diesjährigen GV vorgezogen haben. Auch für Vorstand und Aufsichtsrat wäre ein späterer Termin praktisch gewesen, aber die Satzung erfordert es, dass die GV im ersten Halbjahr abgehalten wird. So konnten einige unserer Mitglieder – auch Ferien bedingt – nicht teilnehmen. Viele haben sich schriftlich zurückgemeldet und bedauert nicht kommen zu können. Einen möchte ich dabei besonders erwähnen: Erhard Eppler, der sich sogar telefonisch gemeldet und nach dem Wohlergehen der ÖEG erkundigt hat. Er wünscht uns alles Gute und lässt herzlich grüßen.

2009 haben wir uns gegründet, es gibt uns als ÖEG nun acht Jahre, in zwei Jahren feiern wir unser 10-jähriges. Bei der Gründung hatten wir – im Vergleich zu heute – hochfliegende Zukunftsvorstellungen angesichts des großen Potentials von Kirchenmitgliedern und kirchlicher Dachflächen. Allein die Evangelische Landeskirche Württemberg hat ca. 2 Mio. Mitglieder in 1.300 Kirchengemeinden – nicht eingerechnet sind da die badische Landeskirche sowie die katholischen Diözesen und die Ev. Methodistische Kirche. Die damaligen Hoffnungen bestehen fort, auch wenn die energiepolitischen Rahmenbedingungen – entgegen der Notwendigkeit den Ausbau der Erneuerbaren zu forcieren - uns als kleine weitgehend ehrenamtliche Genossenschaft die praktische Umsetzungsarbeit erschwert. Trotzdem sind wir dankbar für die zurückliegenden Jahre, wo wir ohne große Werbung doch immerhin eine stattliche Anzahl von Mitgliedern gewinnen konnten, die die Genossenschaftsarbeit mit ihren finanziellen Einlagen unterstützen. Dabei mussten wir uns sogar der Bereitschaft von Mitgliedern ihre Anteile zu erhöhen durch Vorstandsbeschluss widersetzen, da wir als ÖEG derzeit mehr Geld auf dem Konto haben, als wir für aktuelle Projekte benötigen.

Während das EEG des Jahres 2009 uns sehr gute Bedingungen beschert hat, die wir damals hätten nutzen sollen, um Anlagen zu bauen, ist es mittlerweile schwierig geworden, die notwendige Rendite zu erzielen. Ich erinnere noch unsere damalige Diskussion, ob wir kurzfristig Darlehen aufnehmen oder doch bei unserem Anspruch nach einer hohen Eigenkapitalquote bleiben.

Mittlerweile zählt die Genossenschaft über 300 Mitglieder mit 9.409 Anteilen (zum 31.12.16), darunter auch Kirchengemeinden und Kirchenbünde, diakonische Einrichtungen sowie die Herrnhuter Missionshilfe, in deren Räumen wir heute auch wieder tagen. Unsere Nachfrage beim Ev. Oberkirchenrat in Stuttgart hat ergeben, dass wohl der von Vertretern der verschiedenen Gesprächskreise eingebrachte Vorschlag den Kirchengemeinden auch mehr finanzielle Freiheiten - z.B. mit einer begrenzten Summe einer Energiegenossenschaft beizutreten - zu geben, von einer der nächsten Synoden ratifiziert wird. Ob dann aber ein Run der Kirchengemeinden auf eine ÖEG Mitgliedschaft erfolgt, bleibt abzuwarten.

Die im Lutherjahr vielbeschworene Transformation würde es eigentlich als glaubwürdig erscheinen lassen, wenn Kirchen sich von einer konsumierenden zu einer haushälterischen Plus-Energie-Kirche entwickeln. Indem wir zur KSE in diesem Jahr Kontakt aufgenommen und eine lose Kooperation vereinbart haben, kommt in diesem Schritt zum Ausdruck, dass wir den Anspruch nicht aufgegeben haben als ökumenische Energiegenossenschaft ein Faktor bei der (energetischen) Erneuerung der Kirchen zu sein.

Im Nachfolgenden wird der Versuch unternommen, die Arbeit des Vorstandes seit der letzten Generalversammlung (Juni 2016) zu beschreiben mit dem Schwerpunkt auf dem Geschäftsjahr 2016, aber auch im Interesse Ihnen ein Bild des aktuellen Standes der ÖEG zu vermitteln mit Gegebenheiten im Jahr 2017 und mit Ausblicken auf 2018.

## Einblicke in Aufgaben und Alltagsarbeit des Vorstandes

Zuerst eher allgemein: Vorstandssitzungen hatten wir 2016 insgesamt 6, davon auch eine gemeinsam mit dem Aufsichtsrat sowie eine Telefonkonferenz. Im Jahr 2017 hatten wir bisher 2 Sitzungen, davon eine gemeinsam mit dem AR. Hinzugekommen sind Akquisitionsgespräche, Einweihungen (Urspring), Dachbesichtigungen, (Urspring, Mannheim, Eislingen,) Auftragsvergaben für Reparatur wie Neuanlagen, Gespräche mit Solarcomplex (Windpark Länge), , Auftritte bei Veranstaltungen in Kirchengemeinden jeweils mit einer Menge an Vorund Nacharbeit. Hinzukommen Solarlog-Kontrollen im Internet, Newsletter oder Meldungen an Netzbetreiber und Bundesnetzagentur, das Ablesen der Zähler zum Jahresende, etc. Viel an Zeit steckten wir auch in den Post-Versand der Dividendenbescheinigungen, vor allem aber in das Finden und Korrigieren von Fehlern in der Mitglieder-Software. Die Tatsache, dass Paul Hell im letzten Sommer aus dem Vorstand ausgeschieden ist, machte sich im Herbst sehr bemerkbar und so sind wir froh mit Manfred Kaufmann im Vorstand einen sehr versierten Finanzfachmann zu haben. Sehr Dankbar sind wir auch für die Unterstützung durch Karin Zomer im Büro, die uns viel an Arbeit abnimmt und die - auch über den Besuch von Fortbildungen – mittlerweile immer mehr übernehmen kann. Ansonsten arbeiten wir in Vorstand und Aufsichtsrat zu 100 % ehrenamtlich. Viel Zeit bleibt auch auf der Strecke zu erinnern, nachzuhaken erneut zu fragen – und dann zwar auf viel Freundlichkeit zu stoßen, aber auch auf Zeitmangel – und dass dann ein PV – Anlagenprojekt für unsere (kirchlichen) Kooperationspartner erst dann dran kommt, wenn alles andere erledigt ist - und dies kann dann manchmal sehr lange dauern, wie z.B. mit der Verwaltung der EKMA und einer geplanten Anlage auf M1 in der Größenordnung von 28 kWp, wo wir als ÖEG schon dreimal nach Mannheim gefahren sind (Gespräche mit Dekan, Baureferent, Finanzabteilung – und dies obwohl uns Herr Roth, ein dortiger kirchlicher Umweltberater sehr unterstützt. Dass aus dem Projekt etwas wird, haben wir die Hoffnung noch nicht aufgegeben. Auf vier Angelegenheiten, die u.a. auch unseren Gewinn geschmälert haben, möchte ich besonders eingehen:

□ den Allmählichkeitsschaden an den Anschlussdosen der Solarmodule auf unserem Dach in Esslingen Mettingen: Zuerst hatten wir eine einzelne durchgeschmorte Anschlussdose, bei der wir vermuteten, dass ein aus dem First herausgebrochener Mörtelbrocken zu einem Kurzschluss geführt hatte. Dann - als wieder eine Anschlussdose defekt war - stellte es sich aber heraus, dass die Solarfabrik in D. 250.000 fehlkonstruierte Anschlussdosen der Firma Kostal verbaut hatte, die Solarfabrik aber mittlerweile in Konkurs gegangen war und die übernehmende Firma für die Garantie nicht einstehen wollte. Da wir über kurz oder lang mit weiteren Schäden rechneten, haben wir uns entschieden, alle Anschlussdosen auf einmal

auszutauschen, zumal ja jedes Mal wieder Gerüstkosten angefallen wären. Unseren Schaden (14.000 €) haben wir dem Insolvenzverwalter gemeldet und warten seit über einem halben Jahr auf Bescheid.

das Problem mit dem ertragsmindernden Gründach auf dem Hospitalhof: Ortsbesichtigung, Gespräche mit der Dachbegrünungsfirma über Alternativen (Kiesschüttung) und die Auftragsvergabe einer ersten Grundsanierung (3.100 €), deren Betrag wir uns mit der Gesamtkirchengemeinde teilen werden. Und was dann wird ist offen: dreimalige Unterhaltspflege pro Jahr oder höhere Aufständerung was aber mit der Stadtbildsatzung kollidiert unsere Beteiligung am Windpark Länge: Wir haben nach reiflicher Überlegung uns mit 200.000 € beteiligt und an der Solarcomplex AG einen Anteil von 10.000 € erworben (war eine Auflage zur Beteiligung an den Gemeinkosten): Obwohl die Anlage noch 2016 genehmigt wurde, hat dann im Januar die Obere Naturschutzbehörde ein Veto eingelegt im Blick auf die Ausgleichsflächen. Dann war das Rodungszeitfenster verstrichen und in einer TelKo haben sich die beteiligten entschieden in die Ausschreibung zu gehen. Erster Termin mit einer Begrenzung auf 800 MW war am 1. Mai 2017. Geboten haben 256 Antragsteller mit einem Gesamtgebot von 2.137 MW.70 Anbieter - zu 95 % Bürgerenergiegenossenschaften, die mitbieten durften ohne eine Bimsch Genehmigung zu haben - waren erfolgreich und haben Zuschlag für 807 MW erhalten. Der maximale Preis lag bei 5,78 € Cent. (identisch zum Angebotspreis von Solarcomplex). Viele sind mit einem sehr niedrigen Preis eingestiegen in der Hoffnung auf steigende Strompreise und eine wachsende Leistungsfähigkeit der Anlagen. Da derjenige der gleichviel wie Solarkomplex geboten hatte, weniger Anlagen eingebracht hat, wurde dieser Solarcomplex vorgezogen. Baden-Württemberg, Saarland, Sachsen und Thüringen haben kein einziges Projekt ergattert. Bayern erhielt zwei Standorte. Aussage des dort aktiven Projektierers "Die Bürgerbeteiligung dazu muss noch organisiert werden". Projektierer Enertrag aus der Uckermark rühmt sich, dass 13 Projekte mit 160 MW aus seinem Hause stammen! Wie geht's weiter? Solarcomplex arbeitet unabhängig vom negativen Ausgang der ersten Ausschreibung weiter und eine Beteiligung an der zweiten Ausschreibung mit 1.000 MW zum 1. August wird angepeilt. Letztendlich entscheidet Gesellschafterversammlung am Dienstag 25. Juli 16:00 in Singen. Bei einer Liquidation müssten die Entwicklungskosten von rund 1 Mio. auf das gesamte Eigenkapital von 11 Mio. umgelegt werden. Ein "fertiges" Projekt könnte auch verkauft werden und somit die Verluste reduziert werden; um dem Käufer einen verbilligten Einstieg in eine der nächsten Ausschreibungen zu ermöglichen? Vereinzelt werden Verkaufsinteressen von Gesellschaftern artikuliert. Wert der Anteile ohne Windpark ist nicht bezifferbar. Auch eine Klage gegen die Freiburger Behörde wird erwogen. Die BürgerEnergieGenossenschaften können sich mit dem Bau der Anlagen 54 Monate Zeit lassen (!) falls sie überhaupt eine BimSch-Genehmigung erhalten werden. Die verteilten 800 MW, sofern sie überhaupt kommen, werden dann erst in 4,5 Jahren erstellt sein. Unsere 200.000 € liegen so weiter "brach"(unter Verwendung von Informationen von Dieter Nemec, BEG Voralb).

□ und – eher für die Zukunft erfolgsversprechend – das Gespräch mit der KSE: hat Auftrag, kirchliche und soziale Einrichtungen der vier großen Kirchen in BaWue zu beliefern; bei einem Eigenkapital von ursprünglich 50.000 €; mittlerweile Eigenkapital 2 Mio. EUR, Jahresumsatz knapp 100 Mio. EUR, ca. 4.500 Kunden; ca. 30.000 Zähler; von Anfang an stand eher der finanziell günstige Gas-(2008) und Strombezug 2011 ("wir sind günstig") im Zentrum. Betätigungsfeld ist überwiegend der Vertrieb (Dienstleistungsvertrag mit der Badenova). Das ökologische Thema wurde draufgesattelt. Chance der KSE, dass sie sich zwar tragen muss, aber kein Profitinteresse hat. KSE hat sehr schmale personelle Basis, die sich langsam erweitert. Vorteile der KSE sind ihre Kundennähe und ihre Daten-Kompetenz (insbesondere Last-

kurven).
Mögliche Kooperationsbereiche von KSE und ÖEG:
□ Mitgliedschaft der KSE bei der ÖEG und damit Möglichkeit im Aufsichtsrat mitzuarbeiten
□ gemeinsame Anlage: ÖEG plant, investiert und betreibt und verkauft den Strom (Direkt-
vermarktung) an KSE. Letzteres ist erst bei einer größeren Anlage möglich (100 kWp)
□ gemeinsames Pilot-Projekt – Mieterstrom
□ KSE macht ÖEG auf potentielle "Anlagen-Dächer", aber auch Freiflä-
chen(Parkplatzüberdachung) aufmerksam und "wirbt" für ÖEG
$\hfill \square$ gemeinsame Tagung, um die kirchliche Energiewende mit Erneuerbaren, Effizienz und Suf-
fizienz voranzubringen.
Konsens besteht auch darin, im kirchlichen Bereich die Energiewende (Erschließung der Effi-

Konsens besteht auch darin, im kirchlichen Bereich die Energiewende (Erschließung der Effizienzpotentiale und Ausbau der Erneuerbaren) voranzubringen – und das Gespräch fortzusetzen, bzw. im Kontakt zu bleiben. Aber das ist noch Zukunftsmusik

Wenn dann noch seitens der Politik ständige EEG Veränderungen und bürokratische Auflagen dazukommen, wird deutlich, dass das Klima für Energiegenossenschaften und damit für uns rauher wird. Dies kann ich auch konkretisieren an dem Vertrag mit der Eislinger Kirchengemeinde, unserem jüngsten Dach. Da es sich um eine sehr kleine Anlage von 7,1 kWp handelt und wir damit unter der Bagatellgrenze von 10 kWp bleiben, haben wir – wie bei unseren vorangegangenen Projekten – einen Vertrag abgeschlossen, nachdem die Kirchengemeinde die von uns realisierte PV-Anlage mietet, den Solarstrom weitestgehend selbst verbraucht und den Rest ins öffentliche Netz einspeist. Netze BW argumentiert wie folgt: "Nach Prüfung des Vertrages durch unsere Rechtsabteilung, liegt hier eine Belieferung Dritter vor.

Für eine Eigenversorgung müsste die Kirchengemeinde Anlagenbetreiber im EEG-rechtlichen Sinne sein. Hierfür ist es zwar nicht erforderlich, dass die Kirchengemeinde Eigentümerin der PV-A ist. Jedoch müsste sie

- den bestimmenden Einfluss auf den Betrieb der PV-A haben,
- die tatsächliche Sachherrschaft über die PV-A ausüben und
- das wirtschaftliche Risiko des Betriebs der PV-A tragen

Auf der Grundlage der Vereinbarungen, die die Kirchengemeinde und der Anlageneigentümer im vorliegenden Mietvertrag getroffen haben, sind diese Kriterien unserer Ansicht nach nicht erfüllt." Dagegen haben wir nun Widerspruch eingelegt, denn wir sind der Meinung, dass auch die Kirchengemeinde bei einer Nettojahresmiete von 1.613 € ein gewisses Risiko trägt, das von ihrem Nutzungsverhalten und der Solarstrahlung abhängt. Die DGS und der sie beratende Rechtsanwalt stützen unsere Position. Der Fall ist noch nicht geklärt. Möglicherweise müssen wir mit der Kirchengemeinde einen neuen Vertrag abschließen.

Bevor ich zu aktuellen Vorhaben komme, möchte ich zu einen auf unseren Anlagenbestand verweisen: Dies sind mittlerweile 13 PV – Anlagen. Darunter ist ein Anteil von 54 kWp an einer großen PV – Freiflächenanlage in Engstingen-Haid. Alle diese Anlagen haben 2016 281.747 kWh erzeugt. Dies ist in etwa die Menge, die 70 Dreipersonenhaushalte oder 210 Personen verbrauchen. Wir haben also noch nicht eine "Vollversorgung" unserer 303 Mitglieder Bei einem dem bundesdeutschen Strommix entsprechenden CO2 Anteil von 0,535 k/kWh haben die Anlagen der ÖEG im Jahr 2016 der Atmosphäre 151 Tonnen Kohlendioxid erspart. Einspeisevergütungen und Mieten brachten der ÖEG einen Jahresertrag von 69.139,61 €. Und dies bei einem Invest von 970.000 €, eingerechnet sind der Anteil am Windpark Länge von 200.000 € und die Solarkomplex-Namensaktien im Wert von 10.000 €, die festverzinst werden mit 3 %.

Um zu unterstreichen, warum trotz schwieriger Rahmenbedingungen ein sehr viel zügiger Ausbau – 2022 geht das letzte AKW vom Netz und außerdem müssen wir klimabedingt schneller aus der Kohle aussteigen – notwendig ist, möchte ich einige Anmerkungen zur derzeitigen energie- und klimapolitischen Situation machen:

Das 2 Grad – Ziel bedeutet, dass weltweit nur noch 1.000 Mrd. t CO2 freigesetzt werden dürften, das 1,5 Grad Ziel lässt nur noch einen Spielraum von 500 Mrd. t. Derzeit werden global 31 Mrd./a freigesetzt. Bei diesem Emissionsniveau wird das Globalbudget schon in etwa 30 Jahren, also zur Jahrhundertmitte ausgeschöpft sein – bei weiter steigenden Emissionen sogar noch schneller. Bei einer Begrenzung auf 1,5 Grad stehen nur noch ca. 500 Mrd. Tonnen zur "freien Verfügung". Danach dürften wir nach 2030 keine einzige Tonne CO2 freisetzen. Zu Recht beklagen sich Länder im globalen Süden, dass die Industrieländer zu wenig Anstrengungen unternehmen, ihren Verbrauch drastisch zu reduzieren. Dies führt dazu, dass diesen Ländern kaum noch Wachstumsmöglichkeiten und Steigerungen ihres Energieverbrauches bleiben, die sie eigentlich dringend bräuchten. Die globale Ungerechtigkeit wird fortgesetzt.

Fazit: Wir dürfen nicht nur von Energieeffizienz und -suffizienz (einer Kultur des Genug) reden, sondern müssen diese auch praktizieren. Hier braucht es mehr Druck, Gesetze und Engagement.

Unter dem Titel "Energiewende 2030 – The Big Picture" beschreibt der Think Tank Agora Energiewende, wie Deutschland sein Klimaschutzziel für 2030 (Minderung der Treibhausgase um 55 Prozent gegenüber 1990 – bisher haben wir gegenüber 1990 nur einen Rückgang um etwa 27,6 % zu verzeichnen!) erreicht – und gleichzeitig die Versorgungssicherheit mit Energie gewahrt wird und Energie sowohl für Verbraucher als auch die Industrie bezahlbar bleibt. Dabei werden erstmals konkrete energiepolitische Zielvorgaben für Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit, Erneuerbare Energien und Effizienz für alle drei Energiesektoren – Strom, Wärme, Verkehr – für 2030 vorgeschlagen. Das rund 80-seitige Papier (https://www.agoraenergiewende.de/de/; ) beschreibt die sieben zentralen Energie-Megatrends, die jegliche Energiepolitik beachten muss, definiert ein Zielsystem für 2030, diskutiert die zentralen Strategien und Kosten-Nutzen-Abwägungen auf dem Weg dahin und schlägt zehn konkrete Agenda-Punkte für die weitere Gestaltung der Energiewende vor – so etwa die Empfehlung für ein Energiewenderahmengesetz, mit dem die Energiewende erstmals auf ein umfassendes legislatives Fundament gestellt würde. Konkret rechnet Agora Energiewende vor, was die Energiewende im Jahr 2030 bedeutet: den Anteil Erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch auf 30 Prozent und am Stromverbrauch auf 60 Prozent zu verdoppeln, die Nutzung von Kohle und Erdöl zu halbieren, den Verbrauch von Erdgas um 20 Prozent zu reduzieren und den Energieverbrauch insgesamt um 30 Prozent im Vergleich zu heute zu reduzieren. "Das Jahr 2030 ist eine wichtige Wegmarke, denn bis dahin muss die Energiewende zur Hälfte absolviert sein, will man bis 2050 die im Klimaschutzabkommen von Paris verabredete Dekarbonisierung erreichen", betont Dr. Patrick Graichen, Direktor von Agora Energiewende. "Die gute Nachricht lautet: Die notwendigen Technologien für den Schritt bis 2030 sind alle kostengünstig vorhanden. Die herausfordernde Botschaft ist aber auch: Jetzt geht es nicht mehr um die Integration von ein paar Wind- und Solaranlagen, sondern es steht die umfassende Transformation der Energiesektoren Strom, Wärme, Verkehr an." Und der Öko-Anteil

der Erneuerbaren muss sich in den nächsten 12 Jahren verdoppeln - von derzeit 31 % auf 60 %. Entsprechend sind wir als ÖEG gefragt.

## Perspektiven für die ÖEG – neue Anlagen in Sicht – aber auch zu veränderten Konditionen

Zwei Projekte stehen derzeit an:

- eine Anlage auf dem Dach des zentralen Verwaltungsgebäudes der EKMA mit 25,4 kWp, ca. 37.000 € Investitionskosten und einer Jahresmiete von 3.896 € (dies bedeutet ein Nettostrompreis für die kirchliche Verwaltung von 21 Cent). Das in Kürze kommende Mieterstrommodell ist nicht verwendbar, da mindestens 40 % Wohnfläche gegeben sein muss. So gibt es nur die Möglichkeit der Vermietung der Anlage zur Eigenstromnutzung (dabei fällt je kWh die anteilige EEG Abgabe an). Überschüssiger Solarstrom wird zu ca. 11 Cent ins Netz eingespeist.
- eine Anlage mit 76 kWp auf dem Dach einer Werkstatt für Behinderte in Münsingen zu 106.000 €. Hier haben wir zwei Möglichkeiten:
  - + Anmietung des Daches zu einem symbolischen Mietpreis von 1 €/Jahr und Volleinspeisung ins Netz zu 0,1131 € oder
  - + Verkauf des Stroms an die Samariterstiftung zu 0,1819 plus 0,03185 € (Differenz zwischen Nettoeinkaufspreis und Vergütungssatz EEG plus EEG Umlage: 0,21375 € plus MWst. Als ÖEG wprden wir dann je kWh 0,1449 € statt 0,1131 € bekommen. Allerdings haben wir einen etwas erhöhten Aufwand: Wir sind soetwas wie ein Stromlieferant und Anmelde- und Informationspflichten als Eigenversorger und bei Stromlieferung vor Ort (ohne Netzdurchleitung) aus kleinen EE-Anlagen. Die BG Voralb praktiziert dies und nach anfänglichen Schwierigkeiten hat sich dies mittlerweile eingespielt. Ich plädiere dafür dies bei dieser größeren Anlage zu praktizieren. Hierzu hätte ich gern auch Ihre Meinung.

Nicht realisiert werden konnte ein Lampentauschprojekt mit der Ev. Akademie in Lutherstadt Wittenberg. Trotzdem bleibt dieses Geschäftsmodell des Lampencontractings aktuell – vielleicht für eine größere diakonische Einrichtung.

Was gäbe es sonst an neuen Perspektiven? Von Anfang an wollte die ÖEG nicht nur erneuerbare Energie erzeugen, sondern auch Arbeit schaffen. Hierzu eine Idee: in vielen kirchlichen Einrichtungen sind die Strom-einsparpotentiale längst nicht ausgeschöpft. Eine durchschnittliche KG mit Kirche, Kindergarten, Gemeindezentrum und Pfarrhaus hat allein im Strombereich jährliche Ausgaben von 8.500 €. Es könnten Heizungspumpen gewechselt, Lampen ausgetauscht werden, der hydraulische Abgleich, der Öl- Gas und Geld spart, gemacht werden – all dies unterbleibt, weil es an Handwerkern mangelt, die dazu bereit sind. Wie wäre da ein mobiler Service, der Kirchengemeinden angeboten wird. Es bräuchte einen Fachmann/Fachfrau, die gleichzeitig einen interessierten anerkannten Migranten anlernt. Die ÖEG könnte dies planen und finanzieren. Wie finden Sie diese Idee und – haben Sie weitere Ideen?

Und zum Schluss nochmal meine auch bei zurückliegenden GV geäußerte Bitte uns in der Vorstands- und Aufsichtsratsarbeit zu unterstützen. Wir suchen neue Aufsichtsratsmitglieder und Vorstandsmitglieder. Erfreulicherweise hat Paul Hell angekündigt im Aufsichtsrat mitarbeiten zu wollen. Auch im Vorstandsbereich wünschen wir uns vor allem auch jüngere Mitglieder. Denn - dies will ich heute auch ankündigen – auch ich möchte mittelfristig dieses Amt einem anderen übergeben und würde mich freuen, wenn dies im Laufe des kommenden Jahres klappen würde. Eine Idee von uns im Vorstand war auch jemanden zu suchen der Energiewirtschaft studiert hat und vielleicht in Schritten in die immer komplizierter werdende Aufgabe eines (bezahlten) Geschäftsführers hineinwächst. Der ÖEG werde ich weiter erhalten bleiben, vielleicht dann als Mitwirkender im Aufsichtsrat.

In diesem Herbst stehen die Wahlen zum Bundestag an. Wir werden eine entscheidende Periode erleben, denn angesichts der gewaltigen Herausforderungen – global wie national – müssen die Weichen für die Energiewende, die ja zugleich auch eine Strom-, Wärme und Verkehrswende ist, bald gestellt werden.

Auch dafür braucht die ÖEG und wir ihren Rückenwind, um unseren Beitrag zur Energiewende, zur Schöpfungsbewahrung und zur notwendigen ganzheitlichen ökologischen wie sozialen Transformation unserer Gesellschaft beizutragen.

Ich bedanke mich für Ihre/ Eure Aufmerksamkeit